



Interviews

Datum: 17. August 2024

Wiebke Esdar im Gespräch mit Josephine Schulz

Schulz: Wir können dazu jetzt Wiebke Esdar befragen, Abgeordnete im Bundestag, außerdem Mitglied im Haushaltsausschuss und Sprecherin der parlamentarischen Linken in der SPD, schönen guten Morgen.

Esdar: Guten Morgen.

Schulz: Das geht ja jetzt an Sie, an den Bundestag. Ist das eine Grundlage, mit der Sie gut arbeiten können?

Esdar: Na ja, auf jeden Fall ist es eine Grundlage, mit der wir arbeiten können. Und ich will nicht verhehlen, dass das jetzt schon auch eine Bürde ist, die wir bekommen. Aber auf der fachpolitischen Ebene klappt die Zusammenarbeit auch in Haushaltspolitik in den letzten Jahren ganz gut. Und darum werden wir jetzt die Herausforderungen, die Aufgabe annehmen.

Schulz: Da fehlt ja jetzt immer noch Geld. Zwölf Milliarden Euro soll die Lücke noch groß sein zwischen Einnahmen und Ausgaben. Aber das heißt ja jetzt für Sie, der einzige Spielraum für die Abgeordneten, an diesem Entwurf noch was zu ändern, ist noch mehr Sparposten zu finden, oder?

Esdar: Also wir werden die Lage natürlich bewerten. Und da wird es erst mal ziemlich technisch, denn wir reden heute über eine Bodensatz-GMA [*Gemeint ist die Globale Minderausgabe. Anm. d. Red.*] Das ist die GMA in dem Haushaltsplan des Finanzministers. Es haben dann auch noch globale Minderausgaben jedes einzelne Ministerium für sich. Einige von denen haben die zuletzt hochgesetzt, wollen sie dieses Jahr runtersetzen. Andere, wie beispielsweise Svenja Schulze im Entwicklungsministerium hat die letztes Jahr schon komplett aufgelöst. Und wenn wir bewerten müssen, ob die globale Minderausgabe insgesamt für den Haushalt zu

hoch ist oder nicht, dann werden wir alles in den Blick nehmen müssen. Und das ist eine der Aufgaben, auf die wir ein besonderes Augenmerk in diesem Jahr setzen müssen. Und dann werden wir das in Ruhe bewerten müssen, was da passiert.

Schulz: Das ist wirklich sehr technisch. Das sind wahrscheinlich für viele Menschen auch neue Wörter – globale Minderausgabe. Vielleicht können Sie das noch mal erklären. Also die Idee ist ja wohl, dass man eine gewisse Finanzlücke einfach lässt, weil man hofft, dass dieses Geld dann am Ende doch nicht gebraucht wird, nicht abgerufen wird. Ist das realistisch in einer Zeit, wo eh schon an so vielen Ecken das Geld knapp ist und alles so auf Kante genäht ist, dass dann auch noch verplante Gelder einfach nicht ausgegeben werden? Oder ist das überhaupt wünschenswert? Das heißt ja auch, dass politische Projekte dann nicht umgesetzt werden, von denen man eigentlich gesagt hat, sie sind wichtig.

Esdar: Es ist auf jeden Fall realistisch, weil einfach in einem so großen Haushalt es immer mal wieder passiert, dass es Stellen gibt, da kündigt jemand und dauert es eben drei, vier Monate, bis die Stelle wieder besetzt ist. Es gibt Projekte, da debattiert die Politik etwas länger als geplant war. Darum geht das Projekt später an den Start.

Schulz: Also man hofft jetzt sozusagen auf politische Ineffizienz?

Esdar: Nein, das auf keinen Fall. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie ansprechen. Das darf uns in dem politischen Handeln sozusagen nicht lähmen oder verlangsamen. Und darum ist die Diskussion nicht darüber, ob wir eine sogenannte globale Minderausgabe brauchen, sondern wie hoch sie sein darf, dass sie eben keine politischen Effekte hat, dass sie aber eine realistische Schätzung ist und nicht am Ende sozusagen noch mal drei Milliarden weniger ausgegeben wird, weil es im Haushaltsvollzug ist. Und das zu prognostizieren ist in Zeiten wie diesen – das muss man auch mal ehrlich sagen – noch mal ungemein schwerer, weil wir geopolitisch Dynamiken haben, weil wir beim Energiemarkt Dynamiken haben und so etwas. Also die Prognose in den nächsten Jahren ist ja aufgrund der vielen Krisen, die wir zuletzt hatten, auch noch mal schwieriger geworden.

Schulz: Trotzdem sagt ja – oder so habe ich jetzt die Bundesregierung verstanden, zwölf Milliarden Lücke sind eigentlich zu groß. Da muss noch was runter. Da muss noch was eingespart werden. Haben Sie denn da Ideen, wo man da noch was sparen könnte, wenn Sie da jetzt an die Arbeit gehen?

Esdar: Genau. Also, ich hätte mir auch gewünscht, dass wir weiter reduzieren. Und das – wie ich finde – sehr gute Gutachten von Professor Hellermann, das ja die Vorschläge der Bundesregierung bewertet hat, hat zur Autobahn GmbH auch noch mal Lösungswege aufgezeigt. Die sind nicht ganz so einfach wie bei der Deutschen Bahn. Da wird jetzt der Zuschuss realisiert. Sondern wir müssen auch das Mautgesetz noch ändern bei der Autobahn GmbH. Aber das wäre möglich.

Schulz: Also, Sie hätten sich noch mehr Trickereien sozusagen gewünscht, noch mehr verfassungsrechtlich umstrittene Trickereien?

Esdar: Nein, wissen Sie, ich würde das nicht Trickereien nennen. Das wird von denjenigen Trickerei genannt, die eigentlich inhaltlich etwas anderes möchten. Die Aufgabe, die wir haben, ist etwas gesetzlich klar festzuhalten. Und es gibt Möglichkeiten bei der Autobahn GmbH, weil wir Einnahmen der Autobahn GmbH haben oder im Bereich Autobahn haben, Einnahmen der Maut. Die Frage ist, ob wir die in den Gesamthaushalt stellen oder ob wir die der Autobahn GmbH zukünftig zur Verfügung stellen. Also keine Trickereien, sondern gesetzlich sauber das zu formulieren und beschließen, was die Schuldenregel auch zulässt.

Schulz: Okay. Also Sie sagen jetzt, keine Trickereien. Trotzdem ist das, glaube ich, relativ komplex zu verstehen, welche Instrumente man sich da jetzt überlegt hat. Vielleicht können wir das am Beispiel der Bahn noch mal plastisch machen. Also die Bahn soll jetzt Geld kriegen, mehr Eigenkapital. Dafür nimmt der Bund wiederum Schulden auf und die Bahn kann das Geld dann ausgeben. Und es gab verschiedene Wege, auf denen die Bahn das Geld hätte kriegen können. Der eine fällt dann unter die Schuldenbremse, der andere nicht. Das klingt doch für die Leute völlig widersinnig. Also ich meine, das Geld sind Schulden, die der Bund aufnimmt. Das geht in die Bahn. Wo ist da der Unterschied?

Esdar: Vollstes Verständnis, dass das schwer zu verstehen ist. Der Unterschied ist die Frage, ob die Deutsche Bahn Einnahmen hat und ob die Deutsche Bahn darum von uns ein Darlehen bekommt. Und in der Vereinbarung, die gestern geschlossen wurde, ist jetzt eben vorgesehen, wie die Einnahmen, das Eigenkapital, was es gibt, jetzt zielgerichtet in den Ausbau der Infrastruktur ausgegeben werden muss und mit einem Zinssatz zurückgezahlt werden muss. Und da gucke ich erst mal inhaltlich drauf und sage, eine Verbesserung der Infrastruktur unserer Deutschen Bahn ist nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend notwendig. Und darum, finde ich, können wir und sollten wir das auch unbedingt stärken.

Schulz: Aber wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen doch auch dieses Instrument für die Autobahn GmbH, wo Gutachten, die Herr Lindner in Auftrag gegeben hat, gesagt haben, das ist verfassungsrechtlich schwierig, warum wollen Sie schon wieder ein verfassungsrechtliches Risiko eingehen, wenn die Ampel damit doch schon, ja, man könnte sagen, so auf die Nase gefallen ist?

Esdar: Nein, ich teile die Interpretation, die Christian Linder von „verfassungsrechtlich schwierig“ mit dem Zungenschlag mit „wir gehen ein Risiko ein“ nicht. Verfassungsrechtlich ...

Schulz: Aber das hat ja nicht er gesagt, sondern die Gutachten, wenn ich das ...

Esdar: Nein. Das Gutachten zeigt Wege auf, dass es nicht so einfach ist wie bei der Deutschen Bahn, aber wenn wir die richtigen Gesetze ändern, dann gibt es kein Risiko gegenüber Karlsruhe. Die Bereitschaft bei Herrn Lindner fehlt, die Gesetze zu ändern. Und da kommen wir zu dem Kern, dass Herr Lindner gerne gar nichts oder immer weniger, so möglichst wenig ausgeben möchte und wir aber sagen, den Spielraum, den die Schuldenbremse uns lässt, indem wir eben diese Transaktion machen und auch bereit sind, dafür bei der Autobahn GmbH und beim Mautgesetz gesetzliche Änderungen vorzunehmen, den würden wir gerne nutzen.

Schulz: Aber das heißt, dass die Schuldenbremse an sich bestehen bleibt, nicht angetastet wird, damit haben Sie sich jetzt mittlerweile auch schon abgefunden?

Esdar: Ja. In diesem Haushalt, weil mit Herrn Lindner das anders nicht möglich ist. Das oberste Ziel für uns ist, dass wir einen Haushalt hinbekommen, der eben auch Sicherheit bietet, äußere, innere und soziale Sicherheit. Und mit Herrn Lindner ist das in der Frage der Ukraine, was wir lange vorgeschlagen haben, leider nicht möglich. Erkennen wir an, dass es nicht möglich ist. Heißt trotzdem nicht, dass ich es richtig finde.

Schulz: Und tut er das, also dieser Haushalt, soziale Sicherheit bieten? Aus der SPD hieß es ja immer, Kürzungen beim Sozialstaat, das ist sozusagen Ihre rote Linie, das werden Sie nicht mitmachen. Hat das Versprechen diesen Haushaltsentwurf überstanden? Also, könnten Sie den so auch absegnen?

Esdar: Also, auf jeden Fall sind wir weiter dabei, dass die Kürzungsvorschläge im sozialen Bereich, die aus der FDP jetzt noch kommen über die Sommerpause – etwas populistisch in meinen Augen –, dass wir die alle abwehren werden. Und die genaue Betrachtung der Einzelpläne, also auch des Sozialplans, da sind wir gerade dabei. Mein erster Eindruck ist, dass uns das gelungen ist. Aber genau darum dreht es sich ab dem 01. September, wenn wir im Parlament beraten.

Schulz: Aber von solchen Projekten, mehr soziales Klimageld, zum Beispiel Kindergrundsicherung, davon hat sich jetzt auch die SPD verabschiedet. Da fragt sich vielleicht mancher, welchen Unterschied macht es da eigentlich noch, ob die SPD in der Regierung ist.

Esdar: Wir stehen weiter zur Kindergrundsicherung und warten darauf, dass Lisa Paus einen Vorschlag vorschlägt, der tragbar ist.

Schulz: Aber Geld ist ja keins da.

Esdar: Und auch Zustimmung der Verbände dann findet. Und dann wäre das eine Sache, die eine hohe Priorität hat. Und dann sind wir auch so ehrlich, dass es auch immer noch Möglichkeiten in ganz einzelnen großen Projekten im Laufe eines Haushaltsjahres gibt da nachzusteuern. Also, gerade bei der Kindergrundsicherung,

die hat für uns so eine hohe Priorität, wenn wir da einen ordentlichen Gesetzesentwurf bekämen, glaube ich, kriegen wir ganz viel möglich gemacht. Das gilt nicht für vieles, aber für die Kindergrundsicherung.

Schulz: Das sagt Wiebke Esdar, SPD-Mitglied im Bundestag und im Haushaltsausschuss, vielen Dank für das Interview.

Esdar: Ich danke.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.